

Parlamentarischer Vorstoss

2026/6485

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Soziale Herkunft und Chancengerechtigkeit - Handlungsbedarf zur Verringerung von Bildungsungleichheit
Urheber/in:	Roman Brunner
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	27. August 2026
Dringlichkeit:	—

Soziale Herkunft und Chancengerechtigkeit – Handlungsbedarf zur Verringerung von Bildungsungleichheit

Bereits 2018 hat der Bundesrat dem schweizerischen Wissenschaftsrat den Auftrag erteilt, eine politische Analyse zur sozialen Selektivität zu erstellen. Dieser Bericht stellte fest, dass Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft geprägt ist.

Ebenso zeigt der Bildungsbericht 2026 auf, dass Chancengerechtigkeit zwar ein Thema ist, diese aber vor allem mit dem sozioökonomischen Blick beurteilt wird. Die Aussagen aus dem Bildungsbericht zeigen auch, dass «im Zeitraum von 2012 bis 2022 in Bezug auf den ungleichen Zugang keine bemerkenswerte Veränderung erkennbar» sei. Ausgeblendet wird bei der Begründung, dass auch die institutionellen Strukturen beim Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen eine Rolle spielen.

Nun kam im Mai 2026 der Bericht der UNICEF-Report Card 20 heraus. Dieser zeigt, dass die soziale Herkunft in der Schweiz weiterhin einen erheblichen Einfluss auf die Chancen von Kindern und Jugendlichen hat. Besonders deutlich wird dies beim Bildungserfolg: Während 91 Prozent der Jugendlichen aus privilegierten Haushalten grundlegende Kompetenzen erreichen, gelingt dies lediglich 46 Prozent der Jugendlichen aus benachteiligten Familien. Damit gehört die Schweiz zu den OECD-Ländern mit den grössten Leistungsunterschieden nach sozialer Herkunft.

Die Analyse zeigt zudem, dass soziale Ungleichheiten weit über den schulischen Bereich hinausreichen. Jugendliche aus einkommensschwächeren Haushalten berichten seltener von hoher Lebenszufriedenheit und verfügen über weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Gleichzeitig sind Kinderarmut und Einkommensungleichheit in der Schweiz in den vergangenen Jahren angestiegen.

Die Ergebnisse der UNICEF-Report Card 20 werfen grundlegende Fragen zur Chancengerechtigkeit in der Schweiz auf. Obwohl Bund, Kantone und Gemeinden bereits über verschiedene Förderinstru-

mente verfügen, bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede in den Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen abhängig von ihrer sozialen Herkunft. Angesichts der zunehmenden Kinderarmut und Einkommensungleichheit ist von Interesse, wie der Regierungsrat die Situation beurteilt, welche Massnahmen er für den Kanton Baselland als wirksam erachtet und ob er gemeinsam mit den Gemeinden und der EDK und dem Bund weiteren Handlungsbedarf sieht.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Ergebnisse der UNICEF-Report Card 20 hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft, Bildungserfolg, Lebenszufriedenheit und gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz?
2. Welche Ursachen sieht der Regierungsrat für die im internationalen Vergleich besonders ausgeprägten Bildungsunterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen aus privilegierten und benachteiligten Haushalten?
3. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat über die Auswirkungen von Kinderarmut und zunehmender Einkommensungleichheit auf Bildungschancen, Gesundheit, Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen vor?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Wirksamkeit bestehender Massnahmen des Kantons zur Förderung der Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen?
5. In welchen Bereichen erkennt der Regierungsrat Handlungsbedarf zur Verringerung sozial bedingter Bildungsungleichheiten?
6. Welche zusätzlichen Möglichkeiten sieht der Regierungsrat zur Verringerung sozial bedingter Bildungsungleichheiten? Ist der Regierungsrat bereit, gemeinsam mit dem Bund und der EDK zu prüfen, welche zusätzlichen Massnahmen geeignet wären, die Auswirkungen der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg wirksamer zu reduzieren?
7. Wie kann der Regierungsrat die Umsetzung von Massnahmen auf kommunaler Ebene unterstützen und eine flächendeckende Umsetzung für die Primarstufe sicherstellen?
8. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat der frühen Förderung, der familienergänzenden Kinderbetreuung, den Tagesschulen sowie gezielten Förderangeboten für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen bei?
9. Welche Möglichkeiten für eine verstärkte kantonale Koordination oder eine gemeinsame Strategie von Bund, Kantonen und EDK zur Förderung der Chancengerechtigkeit und zur Bekämpfung sozial bedingter Bildungsungleichheiten sieht der Regierungsrat?